



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Bürgerbeteiligungsverfahren zur Zukunft der Europäischen Agrarpolitik konstruktiv gestalten – Expertenanhörung zur Entwicklung einer sozialen und nachhaltigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020

Der Landtag wolle beschließen:

Vor dem Hintergrund der umstrittenen Plakataktion des BMUB stellt der Landtag fest, dass die Probleme der Landwirtschaft, wie beispielsweise die notwendige Steigerung der Gewässergüte, die zunehmende Verarmung des Artenreichtums in der Agrarlandschaft oder der anhaltende Strukturwandel in der Landwirtschaft einem gesamtgesellschaftlichen Dialog hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Agrarpolitik bedürfen.

Auch der Landtag muss diesen Dialog zielorientiert und sachlich begleiten. Aus diesem Grund führt der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eine Anhörung von Sachverständigen, Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern und anderen Auskunftspersonen zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach dem Jahr 2020 durch, um der dringend notwendigen Versachlichung der nötigen Anpassungen in der Agrarpolitik voran zu bringen.

Ziel der Anhörung soll die Erarbeitung von Vorschlägen zur sozialen und ökologischen Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik sein, die eine nachhaltige gesellschaftliche Legitimation der Mittel ermöglicht und unsere mittelständische Landwirtschaft mit Ihrer immensen Beschäftigungswirkung unterstützt.

Begründung:

Die bayerische Land- und Forstwirtschaft ist ein Garant für die Wirtschaftskraft in den ländlichen Räumen – jeder siebte Arbeitsplatz ist von ihr abhängig. Aus diesem Grund ist es die Pflicht des Landtags, die Förderung mittelständischer Strukturen, welche auch gesellschaftlich erwünscht sind, zu forcieren.

Hierzu bedarf es Änderungen in der derzeitigen Agrarpolitik, die diese Zielsetzung zwar verinnerlicht hat, jedoch nicht mit der notwendigen Intensität verfolgt. Aus diesem Grund hat sich die EU-Kommission entschlossen, eine Konsultation zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik durchzuführen. Es ist wünschenswert, wenn ein Querschnitt der Bevölkerung dieses Instrument nutzt! Ziel ist eine nachhaltige, gesellschaftliche Legitimation der Fördermittel.

Die gesellschaftliche Legitimation der Zahlungen hängt stark von der ökologischen und sozialen Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik ab. Auch das derzeitige Greening steht in der Kritik, da viele Maßnahmen wenig zum Erhalt der Biodiversität beitragen und gleichzeitig eine hohe bürokratische Last für die Landwirtschaftsverwaltungen und die Bäuerinnen und Bauern mit sich bringt.